

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

18.4.1929 (No. 90)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Verantwortlicher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
L. Heffner
E. Kneub,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Sonntags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Vertretung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Frankreichs Kriegsschulden an England

Eine Debatte im Unterhaus

Im englischen Unterhaus hat der Arbeiterführer Snowden die französische Finanzpolitik, das englisch-französische Schuldenabkommen und den unter dem Namen Walfour-Prinzip bekannten Grundsatz der englischen Regierung heftig angegriffen. Er sagte u. a.: Wenn Frankreich und Italien es sich leisten können, ihre Schulden an Amerika zu zahlen, dann könnten sie auch ihre Schulden an Großbritannien abtragen, denn England habe für Frankreich ebensoviele getan, wie die Vereinigten Staaten. Ohne die Entsendung britischer Truppen und ohne britisches Geld wäre Frankreich heute kein unabhängiges Land mehr.

Das Walfour-Prinzip besagt, daß England nicht weniger, aber auch nicht mehr, von seinen Schuldnern verlange, als England selbst an Amerika zu bezahlen hat. So wohl in der Schuldenfrage wie bei den Reparationsverhandlungen hat die englische Regierung während der letzten Jahre und auch jetzt wieder in Paris nach diesem Grundsatz gehandelt, und das Walfour-Prinzip ist in England noch nie offen angegriffen worden. Mr. Snowden, der Schatzkanzler einer etwaigen neuen Labour-Regierung würde, hat nun erklärt, daß seine Partei durch das Walfour-Prinzip und durch das mit Frankreich abgeschlossene, aber noch nicht ratifizierte Schuldenabkommen sich nicht für gebunden halte. Auf einen Einwurf Churchills erklärte Snowden, daß das reiche Frankreich seine Schulden zum Schaden seiner Gläubiger zu vierfünfteln durch die Inflation abgewälzt habe. Snowden meint somit, daß England das Recht und die Möglichkeit habe, von Frankreich wesentlich mehr zu verlangen, als in dem englisch-französischen Schuldenabkommen vorgesehen ist. Snowden ist gegenüber Frankreich viel kritischer eingestellt als Macdonald, der sich im weiteren Verlauf der Debatte ihm nicht angeschlossen. Würde Snowden tatsächlich, wenn er wieder das Schatzkanzleramt übernehme, auf höhere Zahlungen Frankreichs bestehen, so könnte die Umkehrung des Walfour-Prinzips zur Folge haben, daß, wenn England auf größere Zahlungen als bisher besteht, direkt oder indirekt auf Deutschland als dem Hauptträger der Kriegsschulden zurückgeworfen würde.

W.D. London, 18. April. Die allgemeine Debatte über das Budget fand gestern abend 11 Uhr ihren Abschluß. Macdonald äußerte sich in seiner Rede sehr vorsichtig. Er deutete an, daß er mit der Schärfe von Snowdens Wendungen nicht ganz einverstanden sei und erinnerte daran, daß die Arbeiterpartei immer für eine großmütige Regelung der Schulden eingetreten sei. Snowden habe durchaus nicht sagen wollen, daß Großbritannien irgendwelchen Profit bei den Schuldentilgungen machen sollte; aber es sei doch erlaubt zu fragen, ob die Kriegsschuldenlasten in gerechter Weise verteilt worden seien.

Der Schatzkanzler Churchill schloß die Debatte namens der Regierung, indem er fragte, ob Macdonald nun eigentlich Snowden vollkommen desavouierte und ob die Arbeiterpartei sich zu dem Grundsatz der Walfour-Note bekenne oder nicht. Da keine Antwort erfolgte, rief Churchill unter langandauerndem Beifall der Regierungsanhänger: „Die Arbeiterpartei und ihr Kandidat für das Premierministeramt sind also nicht imstande, eine einfache und deutliche Frage zu beantworten. Sie wagen es nicht, ihren Mund aufzutun!“

Die Genfer Abrüstungsberatungen

Um den russischen Vorschlag

Die Mittwochssitzung des Abrüstungsausschusses in Genf endete mit einer vollkommener Verwirrung. Präsident Loubon versuchte die sowjetrussischen Vorschläge stillschweigend zur Ablehnung zu bringen. Litwinow schlug aber vor, bindend zu beschließen, daß in Zukunft jede einzelne Abordnung gezwungen sein soll, öffentlich zu den vorliegenden Anträgen Stellung zu nehmen. Die Öffentlichkeit müsse darüber unterrichtet werden. Er forderte sofort von jeder einzelnen Abordnung eine begründete Erklärung. Dies lehnte Loubon schroff ab mit der Begründung, es liege nicht in seiner Macht, die einzelnen Abordnungen zu erzwängen. Graf Bernstorff erklärte, die deutsche Abordnung betrachte die russischen Vorschläge als wertvollen Beitrag wollen, andererseits aber die bisherigen Arbeitsmethoden beibehalten. Schließlich sah der Präsident keinen anderen Ausweg, als die Sitzung aufzuheben und zu vertagen.

Heute, Donnerstag nachmittag, wird nun darüber abgestimmt, ob der Ausschuss über den Vorschlag des Präsidenten oder den Litwinows abstimmen soll. Der Präsident schlägt vor, man solle darüber abstimmen, ob die russischen Vorschläge oder der bisherige Konventionentwurf als weitere Verhandlungsgrundlage dienen soll oder nicht und versucht damit eine Ablehnung der russischen Vorschläge herbeizuführen.

Montag wieder Reichstag. Reichstagspräsident Loh hat nunmehr die nächste Reichstagsitzung für Montag, den 22. April, 8 Uhr nachmittags, einberufen. Die Tagesordnung ist unverändert geblieben: Weltfunkvertrag und andere Abkommen mit fremden Staaten.

Erneuerung des 150-Millonenkredits für das Reich. Laut „D. A. Z.“ haben die Verhandlungen zwischen dem Reich und den D-Banken zu dem Ergebnis geführt, daß der vor wenigen Tagen zurückgezogene 150-Millonenkredit dem Reich erneut zur Verfügung gestellt wird. Es handelt sich diesmal um einen Kredit, der nicht allein die vier seinerzeit beteiligten D-Banken geben, sondern an dem die sämtlichen im Reichsanleihekartellum vereinigten Banken beteiligt sind.

Letzte Nachrichten

Die Vorschläge der deutschen Sachverständigen

Die amerikanischen Besatzungskosten

M. Berlin, 18. April. (Priv.-Tel.) Die von der französischen Agentur Havas trotz der vereinbarten Verschwiegenheit wieder einmal veröffentlichten Angaben über die deutschen Vorschläge dürften wohl im wesentlichen stimmen. Das Entscheidende ist aber nicht die Zahl selbst, die sich im Durchschnitt auf ungefähr 1,65 Milliarden im Jahr beläuft, sondern die einzelnen Bestimmungen. Wahrscheinlich ist eine Staffelung vorhanden, die mit einer Jahreszahlung von ungefähr 1,25 Milliarden beginnt und dann auf 1,75 Milliarden ansteigt.

Sicher richtig ist, daß der deutsche Vorschlag nur 37 Jahre für die Gesamtdauer der Zahlungen vorsieht im Gegensatz zu 58 Jahren, wie sie im Entente-Memorandum vorgeschlagen sind. Die wichtigsten Bestimmungen beziehen sich aber auf den Transfer-Schuh. Der schufreite Teil der deutschen Zahlungen dürfte kaum eine halbe Milliarde übersteigen. Auch daß die deutschen Vorschläge über die Sachlieferung viel weiter gehen, als die der Entente, ist sicher, zumal in England den allmählichen vollkommenen Abbau in dem Memorandum durchgeführt hat.

Der „Matin“ behauptet, daß Owen Young ein Telegramm aus Washington erhalten habe, das ihn berechtigt, die amerikanischen Forderungen herabzusetzen. Falls das überhaupt zutrifft, kann es sich nur um die amerikanischen Forderungen bezüglich der Rheinsandbesatzungskosten handeln, nicht aber etwa um die Schulden der Alliierten an Amerika. Diese Rheinsandkosten betragen im ganzen 1,4 Milliarden, stellen also keinen wesentlichen Bestandteil der Reparationszahlungen dar.

Die Postforderungen Württembergs und Bayerns

M. Berlin, 18. April. (Priv.-Tel.) Zu Behauptungen des sozialdemokratischen Abg. Keil im württembergischen Landtag, daß Württemberg und Bayern für ihre Postabfindungen unter der Hand bereits größere Summen vom Reich erhalten hätten, erfahren wir an zuverlässiger Stelle, daß Bayern bisher überhaupt nichts bekommen hat, Württemberg aber in den Jahren 1924/25 einige Millionen unter dem Vorbehalt der späteren Aufrechnung. Diese Summe ist in der Reichsrechnung ausgewiesen worden, als nicht geheim.

Erweiterung des Wöhrnerinnenhauses

W.D. Berlin, 18. April. (Tel.) Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages wurde auf Antrag der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten eine Erweiterung des Schwangeren- und Wöhrnerinnenhauses einstimmig beschlossen.

Der Gesetzentwurf sieht vor, daß die Wochenhilfe auf drei Viertel des Grundlohnes erhöht und die Frist für die Inanspruchnahme von vier auf sechs Wochen erhöht wird. Des Weiteren ist vorgesehen, daß die Schwangeren, die von diesem Rechte Gebrauch machen, Mitglied der Krankenkasse bleiben, wodurch ihnen die Krankenhilfe gewährleistet wird. Die Frist für die Erhaltung der Mitgliedschaft in der Invalidenversicherung wird von 8 auf 12 Wochen erhöht. Die Zahlung von drei Vierteln Grundlohn auf Wochenlohn war bisher schon auf freiwillige Leistung der Krankenkassen vorgesehen, doch haben nur wenige Krankenkassen von diesem Rechte Gebrauch gemacht.

Ferner wurde eine Entschärfung angenommen, in der die Reichsregierung aufgefordert wird, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den der Schwangeren- und Wöhrnerinnenhaus auch für Landarbeiterinnen geregelt wird.

Für die Danziger Hochschule

W.D. Danzig, 18. April. (Tel.) Am 19. Juli begeht die Technische Hochschule in Danzig die Feier ihres 25-jährigen Bestehens. Die Hochschule, die ursprünglich für etwa 700-800 Studierende gebaut war, wird heute von 1800 Studierenden besucht. Seit der Abtrennung Danzigs vom Reich sind ihre über den Bereich der Wissenschaft hinaus Aufgaben kultureller Art erwachsen. Daß die Hochschule stark und kräftig bleibt, ist deutsches Interesse. Da die freie Stadt Danzig aus eigener Kraft die für den Ausbau der Hochschule notwendigen Mittel nur zum Teil aufbringen kann, hat sich ein Ausschuss führender Männer der deutschen Wirtschaft und Wissenschaft gebildet, der zu einer Jubiläumsspende aufruft.

Blutiger Kampf bei Kabul

W.D. Kalkutta, 18. April. (Tel.) Wie aus Kabul gemeldet wird, ist 60 Kilometer von Kabul entfernt zwischen den Truppen Habibullah und den Stämmen der Barakzi, die auf Seiten Amanullah stehen, ein heftiger Kampf entbrannt. Die Verluste werden als sehr schwer bezehnet, und die Krankenhäuser sind voll von Verwundeten.

* Der deutsche Gegenvorschlag

Man kann es nur billigen und begrüßen, daß die deutsche Delegation in Paris sich entschlossen hat, ihrerseits der Reparationskonferenz ein Memorandum zu überreichen, in welchem ein deutsches Angebot enthalten ist. Die Reparationsgläubiger hatten Ziffern genannt, und wir hatten diese Ziffern als völlig undisputabel abgelehnt. Die Reparationsgläubiger nahmen diese Ablehnung hin und erklärten sich zu weiteren Verhandlungen bereit. Wären die von ihnen genannten Ziffern eine Minimalforderung gewesen, so hätten sie das sicherlich nicht getan, und die Konferenz wäre aufgelogen.

Es ist also damit zu rechnen, daß die Gläubigerstaaten an sich zu der Einsicht gelangt sind, daß ihre Ziffern zu hoch waren. Wie sollte man aber nun weiter vorwärtskommen? Unter allen Umständen hätten ja die Delegationen der Gläubigerstaaten wieder zusammentreten müssen, um nun unter sich neue Ziffern zu vereinbaren. Eine solche Tätigkeit konnte ihnen nur erleichtert werden durch präzise Angaben von deutscher Seite. Sie wissen dann, was Deutschland nach seiner eigenen Überzeugung aufbringen kann. Sie haben feste Angebotsziffern in der Hand und können versuchen, diese in Einklang zu bringen mit ihren eigenen Wünschen.

Andererseits war der Entschluß für die deutsche Delegation auch nicht ungefährlich. Denn, wie das nun einmal bei solchen Verhandlungen üblich ist, wird die Gegenseite annehmen, daß die von uns genannten Ziffern ebenfalls Minimalziffern sind, und daß wir zu gewissen Zugeständnissen darüber hinaus vielleicht doch noch bereit sein könnten. Weiterhin mußte die deutsche Delegation noch folgendes überlegen: machte sie ein gar zu niedriges Angebot, dann mußte sie darauf gefaßt sein, daß die Gläubigerstaaten ihre Delegationen einfach aberriefen und die Konferenz damit zum Scheitern brachten. Und selbstverständlich hat Deutschland — das muß immer wieder betont werden — an einem guten Fortgang der Konferenz genau das selbe Interesse wie die Gläubigerstaaten selbst. Kein verantwortlicher deutscher Politiker wird Maßnahmen zustimmen wollen, die die Existenz der Sachverständigenkonferenz leichtfertig aufs Spiel setzen. Auf der andern Seite war wiederum die Wirkung nach innen zu berücksichtigen und im Zusammenhang damit die Wirtschaftslage Deutschlands, wie sie sich ohne Schönfärberei in Wahrheit darstellt. Die deutsche Delegation hat unter Beachtung all dieser Umstände ihr Angebot gemacht.

Wie sieht es aus? Es schlägt — wenn die verschiedenen Meldungen darüber richtig sind — eine auf die Dauer von 37 Jahren beschränkte Jahresleistung von 1650 Millionen vor. Wahrhaftig eine Riesensumme! Diese Jahresleistung dürfte aus drei Teilen bestehen, 1. einer kleinen transfergeschützten, 2. einer transferungeschützten Summe und schließlich aus Sachleistungen, die noch etwa 10 Jahre mit absteigender Staffelung geliefert würden. Gleichfalls aus dem Gang der früheren Verhandlungen kann wohl geschlossen werden, daß die deutschen Sachverständigen einen Transfereschuh für wenigstens die Hälfte der in Vorschlag gebrachten Jahresleistung verlangen, so daß transferungeschützt ungefähr 800 Millionen Reichsmark bleiben.

Die Forderung der Gegenseite beginnt bekanntlich mit einer Mindestleistung von 1800 Millionen und soll ziemlich rasch ansteigen bis zu einer Endsumme im 37. Jahre von 2450 Millionen, so daß sich eine Durchschnittsleistung von ungefähr 2200 Millionen ergeben würde. Nach 37 Jahren sollten dann weitere 21 Jahre lang 1700 Millionen jährlich fällig sein mit der Möglichkeit, diese unter Berechnung des Gegenwertes im voraus abzuleisten. Die Transferklausel würde nach der Forderung der Gegenseite überhaupt ausgeschaltet werden. So kauft zahlenmäßig ein Unterschied von jährlich etwa 550 Millionen Goldmark, und ebenso besteht ein tiefer Gegensatz der Meinungen über den Transfereschuh, während gleichzeitig von deutscher Seite eine Verlängerung der Jahresleistungen über 37 Jahre hinaus abgelehnt wird.

Man kann sich denken, daß die Ziffern unseres Angebots von den Gläubigerstaaten, zumal von Frankreich, nicht gerade mit Begeisterung aufgenommen werden. Immerhin ist eine runde Ablehnung bis jetzt nicht erfolgt. In der gestrigen Vollziehung der Reparationskonferenz wurde unser Memorandum als weiteres Material zur Erörterung unterbreitet. Man beschloß nach längerer Debatte, daß das gesamte zur Verfügung stehende Ma-

terkol (siehe in der Gouppache das Memorandum der Gläubigerstaaten und unser Memorandum) einem Unterausschuss, und zwar dem Unterausschuss Revestote, zur Bearbeitung überwiesen wird. Deutschland wird in diesem Unterausschuss wahrscheinlich durch den Reichsbankpräsidenten Schacht vertreten sein. Inzwischen ist bekannt geworden, mit alledem ist die Weiterführung der Verhandlungen gesichert.

Inzwischen ist weiterhin bekannt geworden, daß die Sachverständigen der Gläubigerstaaten bereits unter sich eine Konferenz abgehalten haben. Dieser Konferenz wird sicherlich sehr rasch eine neue folgen. Denn die Gläubigerstaaten sind es ja, die nun in erster Linie zu dem deutschen Angebot Stellung zu nehmen haben. Für den kommenden Montag ist eine Rede des französischen Ministerpräsidenten zu erwarten. Wie es heißt, werde er darauf bestehen, daß Frankreich von Deutschland all das erhalte, was für die Zahlung der Schulden an die Alliierten notwendig sei, mit einem für die eigentlichen Reparationen „annehmbaren Überschuss“. Nach dem deutschen Angebot würden unsere Zahlungen wohl ausreichen für den ersten Teil der Forderung Poincarés, aber nicht für den zweiten. Schließlich ist von der Meldung Notiz zu nehmen, daß die Regierung in Washington nun doch zu einer Diskussion über Herabsetzung der amerikanischen Ansprüche auf die rückständigen Besatzungskosten bereit sei.

Wie ernst die wirtschaftliche und finanzielle Situation Deutschlands in der Tat ist, sollte von niemand, also auch von den Gläubigerstaaten nicht, übersehen werden. Womöglich wird schon in allernächster Zeit der im Dawesabkommen vorgesehene Transferenschutz wirksam werden: der Reparationsagent wird erklären müssen, daß er die Zahlungen nicht transferieren kann, weil die Bestände der Reichsbank an Gold und Devisen so zurüdgegangen sind, daß sie die im Abkommen vorgesehene Grenze erreichen.

Höhe der Sozialversicherungsbeiträge

Nach neueren amtlichen Veröffentlichungen betragen die Aufwendungen an Beiträgen und Umlagen für die deutsche Sozialversicherung im Jahre 1927 in der Krankenversicherung 1718 Mill. Reichsmark, in der Unfallversicherung 387,5 Mill. Reichsmark, in der Invalidenversicherung 875,2 Mill. Reichsmark, in der Angestelltenversicherung 280,9 Mill. Reichsmark, in der Knappschaftlichen Pensionsversicherung 217,9 Millionen Reichsmark, zusammen 3429,5 Mill. Reichsmark. Hinzu kommen Zuschüsse des Reiches zur Kranken- und Invalidenversicherung von insgesamt 276,6 Mill. Reichsmark, so daß der Gesamtaufwand für die deutsche Sozialversicherung ohne Arbeitslosenversicherung im Jahre 1927 3706,1 Mill. Reichsmark betrug. Zählt man die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung hinzu, die einschl. der öffentlichen Zuschüsse 908 Mill. Reichsmark ausmachten, so beliefen sich die gesamten Beitragseinnahmen der Sozialversicherung im Jahre 1927 auf 4613,1 Mill. Reichsmark.

Der Aufwand an Beiträgen und Umlagen wird für das Jahr 1928 wie folgt geschätzt: Krankenversicherung 1900 Mill. Reichsmark, Unfallversicherung 392 Mill. Reichsmark, Invalidenversicherung 1075 Mill. Reichsmark, Angestelltenversicherung 318 Mill. Reichsmark, Knappschaftliche Pensionsversicherung 220 Mill. Reichsmark, zusammen 3865 Mill. Reichsmark. Hinzu kommt ein Zuschuß des Reiches von 390 Mill. Reichsmark, so daß sich der Aufwand, ohne die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, im Jahre 1928 auf schätzungsweise 4255 Mill. Reichsmark beläuft. Die gesamten Aufwendungen für die deutsche Sozialversicherung im Jahre 1928 unter Einschluß der Arbeitslosenversicherungsbeiträge können also mit über 5 Milliarden Reichsmark veranschlagt werden.

Zunahme der Patentanmeldungen

Als ein Zeichen für das Ringen des deutschen Volkes um technische und wirtschaftliche Verbesserungen darf es wohl angesehen werden, wenn die Zahl der Patentanmeldungen im letzten Jahre nach der Statistik des Reichspatentamts zugenommen hat. Diese Zunahme erstreckt sich auf alle Anmeldungen, sowohl die der Patente wie der Gebrauchsmuster und der Warenzeichen. Die Patentanmeldungen haben sich im Vergleich zum vorigen Jahre um nicht weniger als 66 Proz. vermehrt. Trotzdem ist infolge der erheblich strengeren Prüfung die Zahl der erteilten Patente um 1,5 Proz. zurückgegangen. Die Patentanmeldungen haben am stärksten auf dem Gebiete der Elektrotechnik, des Instrumentenbaues und der Chemie zugenommen. Von den 68 457 Patentanmeldungen des letzten Jahres entfielen allein 8175 auf die Elektrotechnik.

Fast ebenso hoch wie die Zahl der Patentanmeldungen war die der Gebrauchsmusteranmeldungen, die wegen ihrer Billigkeit vielfach bevorzugt werden. Die Warenzeichenanmeldungen sind gleichfalls um 2792 auf fast 30 000 gestiegen.

Ein Bauparlastengesetz. Das Reichsarbeitsministerium beschäftigt sich zur Zeit mit der gesetzlichen Regelung des Bauparlastenwesens. Ein Referententwurf, der vor dem Abschluß steht, sieht vor, daß die Bauparlasten und ihre Geschäftstätigkeit der Aufsicht einer Behörde unterstellt werden. Für die Bauparlasten und die Rechtsverhältnisse der Bauparlasten werden Vorschriften vorgeschlagen, wie sie für die Hypothekendarlehen und die privaten Versicherungsunternehmen gelten.

Max Hölz in Birmaens. Nach einer öffentlichen Versammlung, in der der Kommunistenführer Max Hölz in Birmaens gesprochen hatte, formierte sich — entgegen dem polizeilichen Verbot — ein kommunistischer Demonstrationzug, der von Nationalsozialisten gesprengt wurde. Dabei fielen auch einige Schüsse. Die Polizeibehörde gibt an, daß hierbei Schweintopfpistolen zur Anwendung kamen. Max Hölz wurde unter polizeilichem Schutz in Sicherheit gebracht. Die Gegendemonstration der Nationalsozialisten brachte einige tausend Personen, die unter Abfingen botenländischer Väter durch die Hauptstraße marschierten.

Im holsteinischen Bauerprozess wurde von dem Gericht in Tzebe die wegen Zusammenrottung in Weidenfleth Hauptangeklagte Rudolf Führer Kock und Kuhl zu je 8 Monaten Gefängnis verurteilt. 23 Angeklagte werden zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt; sie erhalten aber eine dreijährige Bewährungsfrist, wenn sie innerhalb eines Jahres 150 RM an die Gerichtskasse bezahlen. Der Vorsitzende führte in der Begründung u. a. aus: Die Vorgänge in Weidenfleth könnten nicht scharf genug verurteilt werden.

Das Deutsche Reparationsmemorandum

Französische und englische Pressestimmen

W.P. Paris, 18. April (Tel.) Die gesamte Morgenpresse stellt fest, daß der Unterschied zwischen den Forderungen der Delegationen der vier reparationsberechtigten Länder und dem gestrigen Angebot der deutschen Delegation 13 Milliarden Reichsmark betrage. Deutschland schlage 26,2 Milliarden vor, die Gläubiger 39 Milliarden, bestehend aus 24 Milliarden für die Deckung der interalliierten Schulden, 13 Milliarden für die Reparationsentschuldigungen und 2-3 Milliarden für verschiedene andere Ausgaben. Wenn auch das Wort „unannehmbar“ ausgesprochen wird, so wird andererseits die Bereitwilligkeit der Reparationskonferenz, das deutsche Memorandum zu erörtern, festgesetzt.

„Echo de Paris“ schreibt, französischerseits hält man die Konferenz für so gut wie beendet. Aber Amerikaner und Engländer wollen noch einen letzten Rettungsversuch machen. Ist das Angebot Dr. Schachts übrigens nicht von der Steigerung der Sachlieferungen und der Beibehaltung der Transferklausel zum wenigsten für einen Teil der Annuitäten abhängig gemacht? Wenn die erstere Bedingung gestellt worden ist, wird sie von der englischen Delegation abgelehnt werden, und die zweite steht in Widerspruch zu der Hauptaufgabe der Sachlieferungen: Kommerzialisierung der deutschen Schuld.

„Journal“ erklärt, die Forderungen der Gläubiger könnten nur noch eine ganz geringe Herabsetzung vertragen. Der Spielraum ist um so beschränkter, als die Amerikaner jede Konzeption an ihrem Reparationsanteil ablehnen. Abgesehen davon, die offiziellen Besprechungen mit den Vertretern Rumaniens, Jugoslawiens, Griechenlands und Portugals gestern vormittag den Hauptgläubigern die Feststellung gestattet, daß die kleinen Mächte eher geneigt sind, eine Erhöhung zu beantragen, als Abträge vornehmen zu lassen.

„Petit Parisien“ bezeichnet das Angebot Dr. Schachts als derart außerhalb des Bereichs der Möglichkeit liegend, daß man glauben müßte, die deutsche Delegation wolle bewußt die Konferenz zum Scheitern bringen.

„Figaro“ schreibt: Dadurch, daß Dr. Schacht 37 Annuitäten bewilligt, hofft er zweifellos Amerika in Versuchung zu führen, denn es wird alles Geld erhalten, das er anbietet, aber er weigert sich, die Reparationen zu bezahlen.

„Censeur“ erklärt, das deutsche Memorandum enthalte nur lächerliche Vorschläge.

W.P. London, 14. April. (Tel.) Der Pariser Korrespondent der „Times“ schreibt zur Denkschrift Dr. Schachts: Bedeutungsvoll ist, daß der Newstote-Ausschuss mit der Prüfung der deutschen Vorschläge betraut wird, da die Kräftigung dadurch nicht in die Hände der Körperlichkeit gelangt, die die alliierte Denkschrift verfaßt hat. Der Ausschuss muß imstande sein, als Vermittler zwischen Deutschland und den Gläubigern aufzutreten und Kompromißvorschläge zu machen, ohne auf Owen Young zurückgreifen, der seine Hände so frei wie möglich zu halten wünscht. Es sollte nicht überraschen, wenn der Newstote-Ausschuss die Zahl von 2 Milliarden Reichsmark als Verhandlungsgrundlage annähme und eine Einigung auf dieser Grundlage zustandebringen zu versuchen sollte. Der „Times“-Korrespondent meint, man behaupte, die amerikanische Delegation hätte eine Mitteilung aus Washington erhalten, in der ein völliger Verzicht auf die amerikanischen Besatzungskosten abgelehnt werde. Dagegen werde eine Herabsetzung dieser Kosten, die der Verminderung der Forderungen der Alliierten entsprechen würde, in Aussicht gestellt.

57392 Deutsche Auswanderer

Im Jahre 1928 sind nach den jetzt vorliegenden vorläufigen amtlichen Feststellungen über deutsche und fremde Häfen 57 392 Deutsche ausgewandert. Dies bedeutet gegenüber den Vorjahren einen Rückgang. Da 1926 66 280 Personen die deutsche Heimat verließen, ist die Auswandererzahl des Jahres 1928 um rund 8000 gegenüber jenem Jahre der höchsten Auswanderung zurückgegangen. Es wäre jedoch abwegig, in diesem Rückgang einen Beweis für die Besserung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands zu erblicken, da die in den letzten Jahren verschärften Einwanderungsbestimmungen in den verschiedenen Zielländern der Auswanderung sicherlich nicht ohne Einfluß auf die Auswandererzahl geblieben ist.

Die Abträge am Luftfahrtsatz

Die angelübte Besprechung der Staatsreferenten der Reichstagsparteien mit den Vertretern der Luftfahrtinteressen über die beim Luftfahrtsatz vorgesehenen Abträge hat am Mittwochnachmittag im Reichstag stattgefunden. Die Vertreter der Luftfahrt wiesen auf die Schwierigkeiten hin, in die die Luftfahrt durch die Sparmaßnahmen zu kommen drohe, und verwiesen gleichzeitig auf die internationalen Vereinbarungen, zu deren Durchführung die deutsche Luftfahrt verpflichtet sei. Besonders Interesse fand die Erörterung des Problems einer engeren Verbindung zwischen Luftverkehr und Post. Die Besprechung hatte den Zweck, die zuständigen Stellen über die Ansichten der Luftfahrtvertreter zu unterrichten.

Kurze Nachrichten

Die neuen Reichsminister Siegelwath und Wirth haben am Mittwoch ihre Ministerien, Verkehr und besetzte Gebiete, übernommen.

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held wurde am Dienstag in Rom vom Papst empfangen, dem er die Glückwünsche zum Goldenen Priesterjubiläum überbrachte und als Jubiläumsgabe eine von Münchener Künstlern gefertigte Kopie eines Seitenaltars der Schloßkapelle von Blutenburg mit einem Christus als König darstellenden Altarbild.

Der Kreuzer „Königsberg“, der dritte dieses Namens, wurde am Mittwoch in Wilhelmshaven in Dienst gestellt. Er gehört zu den geschützten Kreuzern, von denen wir nach den Bestimmungen des Versailler Friedens sechs in Dienst halten dürfen. Das Schiff hat eine Länge von 169 Metern und zählt an Besatzung 516 Köpfe. Gleich dem Schwesterkreuzer „Emden“, hat auch die „Königsberg“ einen ruhmreichen Namen von seemannischer Tradition.

Der Mecklenburg-Strelitzer Landtag hat nun den vor kurzer Zeit abgelehnten Etat in zweiter und dritter Lesung endgültig angenommen.

Einigung im Bankgewerbe. Bei den Tarifverhandlungen im Bankgewerbe ist eine Einigung in der Weise erzielt worden, daß der Gehalts- und Tarifvertrag bis zum 30. Dezember 1930 verlängert wird mit einer Verbesserung der Überstundenzahlung und der Verpflichtung, jeweils zum Abschluß und zu Weihnachten eine Gratifikation in Höhe eines halben Monatslohens zu zahlen.

Auch die norwegische Regierung hat eine Einvernehmliche Einigung Tropis abgeschlossen.

Erweiterung der Sozialversicherung?

Die Lage der Invaliden- und Angestelltenversicherung

Das Reichsarbeitsministerium hat dem Reichstag eine Denkschrift über den Ausbau der Leistungen in der Invaliden- und Angestelltenversicherung vorgelegt. In dieser Denkschrift wird untersucht, welche Mehrbelastung im Laufe der nächsten Jahre in den genannten beiden Zweigen der Sozialversicherung Leistungserhöhungen usw., die im Reichstage gewünscht worden sind, bringen würden. Das Ergebnis der Untersuchung ist, daß eine Verwirklichung der im Reichstage eingebrachten Anträge nicht tragbar sei, zumal sich überhaupt nicht übersehen ließe, aus welchen Mitteln diese Mehrausgaben bestritten werden sollen.

In der Invalidenversicherung seien nur bis zum Jahre 1938 Überschüsse zu erwarten. Die Fehlbeträge in den darauffolgenden Jahren würden bis zum Jahre 1938 auf jährlich etwa 885 Mill. Reichsmark steigen. Eine Erhöhung des Grundbeitrages bei der Invalidenversicherung um den im Reichstage geforderten Satz von 5 bzw. 10 M monatlich würde eine Mehrbelastung von 167 bzw. 334 Mill. Reichsmark jährlich ergeben. Die Herabsetzung der Altersgrenze für den Rentenbezug in der Invalidenversicherung auf das 60. Lebensjahr würde jährlich 812 Mill. Reichsmark Mehrkosten verursachen, die Herabsetzung auf das 50. Lebensjahr sogar rund 1300 Mill. Reichsmark. Ähnliche Mehrausgaben würden sich auch in der Angestelltenversicherung bei Verwirklichung der im Reichstage gewünschten Änderungen ergeben.

Mit Rücksicht hierauf hat der Reichsarbeitsminister Wisjell im sozialpolitischen Ausschusse des Reichstages erklärt, daß die Reichsregierung nach eingehender Beratung über die Anträge für einen Ausbau der Invalidenversicherung zu der Ansicht gekommen sei, daß angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung und der Belastung durch Reparationsleistungen selbst eine nur teilweise Durchführung dieser Anträge nicht möglich sei. Die Reichsregierung biete, von einer weiteren Verfolgung der Angelegenheit vorläufig abzusehen. Der Ausschuss erklärte sich in seiner Mehrheit mit den Ausführungen des Ministers einverstanden.

Inzwischen haben auch die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften die Forderung nach Erhöhung des Grundbeitrages der Renten und nach Herabsetzung der Altersgrenze zurückgestellt. Verlangt wird aber von ihnen Erhöhung der Renten durch Aufbau weiterer Lohn- und Beitragsklassen, Herabsetzung der Invaliditätsgrenze von 66% auf 50 v. H., Gewährung von Witwenrenten auch ohne Invalidität, Befreiung der Kürzungsbestimmungen nach § 131 R.V.O. und Neuregelung der Lastenverteilung zwischen Invaliden- und Angestelltenversicherung. Es besteht aber vorläufig wenig Wahrscheinlichkeit, daß die Gewerkschaftsforderungen in dieser Form vom Reichstage angenommen werden.

Der preussische Minister für Volkswohlfahrt hat sich im Hauptausschuss des Preussischen Landtages gegen eine weitere Ausdehnung der Sozialversicherung ungefähr wie folgt ausgesprochen: Von einer weiteren Ausdehnung der Sozialversicherung könnten Verbesserungen nicht erwartet werden. Schon heute müßte ein großer Teil der Arbeiter und Angestellten einen Tag in der Woche allein für die Versicherungsbeiträge arbeiten. Das schmätere die Lebenshaltungskosten. Es sei nicht ratsam, weitere Volksteile in die Versicherung einzubeziehen. Die Sozialversicherung müsse das bleiben, was sie ursprünglich sein sollte, eine Versicherung der Minderbemittelten. Einer Ausdehnung über diesen Kreis hinaus werde das Preussische Ministerium für Volkswohlfahrt mit Nachdruck entgegengetreten.

Die herabgeriffene Reichsfahne. Die Bauern Lenz und Riez, die am 13. August vorigen Jahres eine aus Anlaß der Schulverfassungsfeier gehobene Reichsfahne herunterholten, wurden vom Landgericht Stolp zu je drei Wochen Gefängnis verurteilt, ebenso der Landobmann Baubke. Das erstinstanzliche Urteil hatte auf Freispruch gelaufen mit der Begründung, daß ein Zwang zur Beflaggung des Schulgebäudes nicht vorgelegen habe.

Kleine Chronik

Die Zahl der Todesopfer des Eisenbahnunglücks bei Halle (Sachsen) hat sich nun auf 11 erhöht, darunter 5 belgische Postbeamte. Der Lokomotivführer des D-Zuges wurde verhaftet. Er hat die Haltsignale überfahren, da er sie nicht bemerkt haben will.

Balkenarbeiter fanden bei Kassel in einer Lannenschänke ein Skelett, neben dem eine völlig verrostete Schnellabspille lag. Es handelt sich um die Leiche des Arbeiters Bremer aus Groß-Almerode, der im November 1926 seine frühere Verlobte erschossen hatte und seitdem verschwunden war.

Aus Jannowitz kommt die Nachricht, daß am kommenden Samstag die Trauung der älteren, 1908 geborenen Tochter des erschossenen Grafen zu Stolberg-Bernigerode mit dem Diplomingenieur Wolfgang von Ohnesorge in Berlin-Dahlem stattfinden wird.

Die Linoleumwerke von Daitz bei Lilla, einen halben Kilometer von der belgischen Grenze, die eine Fläche von 8 Hektar bebauen, sind bis auf den Grund niedergebrannt.

In New York wurden ein Bankbeamter und ein Polizist, die in einer Autodrochse die Summe von 40 000 Dollars transportierten, von fünf Räubern überfallen und niedergeschossen. Die Verbrecher entkamen mit dem Gelde in einem Auto. Die Verletzungen der Überfallenen sind nicht lebensgefährlich.

Geburtenüberschuss der Länder. Von den vier Ländern Vereinigte Staaten, Deutschland, England und Frankreich zeigt Amerika den größten Geburtenüberschuss, nämlich 10,8 auf 1000 Einwohner. Es folgt Deutschland mit 7,8, England mit 6,2 und Frankreich mit 1,3.

In Amerika wurden 1 930 614 Menschen geboren, es starben 1 008 994, der Überschuss betrug also 923 620.

In Deutschland fanden 1 226 342 Geburten statt, 784 976 Todesfälle, Überschuss also 491 366.

England zeigte 694 897 Geburten und 435 796 Todesfälle, also einen Überschuss von 241 102.

Frankreich hatte bei 766 226 Geburten an Todesfällen 713 458, also nur einen Überschuss von 52 768.

Familienanzeigen

der badischen Beamenschaft finden in der

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

die weiteste Verbreitung

Umgemeindung in den deutschen Industriegebieten

Wegen neue Rammstädte

Man wird sich nicht wundern dürfen, daß die Umgestaltung der alten Gemeindegrenzen dort am dringlichsten ist und dort auch die meisten Schwierigkeiten verursacht, wo die Industrialisierung am weitesten vorgeschritten ist und die tiefgreifendsten Umwälzungen in der Siedlungsweise der Bevölkerung hervorgebracht hat. Das gilt natürlich in erster Linie für das Ruhrgebiet, wo heute die Gemeindegrenzen vollkommen ineinanderfließen, und wo die Bevölkerung enger beieinander wohnt als in irgendeinem anderen deutschen Bezirk, selbst Groß-Berlin und sein industriereicher Umkreis nicht ausgenommen. Der zweite deutsche Bezirk, der noch einer gründlichen kommunalen Neugestaltung bedarf, ist Oberschlesien, wo gleichfalls die Städte mit ihren sich ausweitenden Industrieanlagen einander dicht auf den Leib gerückt sind, während die zwischen ihnen liegenden Landgemeinden infolge der Ungleichartigkeit ihrer Bevölkerung und des Mangels an steuerkräftiger Bevölkerung ihren Aufgaben nicht mehr gerecht werden können.

Allgemeine Übereinstimmung herrscht also darüber, daß in diesen beiden großen deutschen Industriegebieten in bezug auf die kommunale Gliederung etwas Neues geschaffen werden muß. Während aber die einen am liebsten jedes dieser beiden Industriezentren zu einer einzigen Großstadt, etwa nach dem Vorbild Groß-Berlins, machen möchten, warnen andere dringend davor, neue, allzu umfangreiche und deshalb unübersehbare Großstadte Gebilde zu schaffen.

Eine überaus wichtige Eingemeindungsfrage führt keineswegs etwa zu einer Verbilligung der Verwaltung. Es hat sich schon bei den früheren Eingemeindungen vielfach gezeigt, daß die Notwendigkeit, die Außenbezirke nach der Eingemeindung mit den Städten zu verbinden, den Verlebensbezirken der erweiterten Großstädte ungeheure Aufgaben auferlegt. Noch viel wichtiger aber ist, daß die Verwaltung eines Großstadtkolosses in der Regel auch verhältnismäßig teuer ist. Wenn die Eingemeindungsanwärter den Grundgedanken vertreten, daß je größer der Umfang einer Gemeinde ist, desto billiger sich die Verwaltung, auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet, stellt, so lehnen die bisher gemachten Erfahrungen vielfach das Gegenteil. Nicht die ungefüge Großstadt arbeitet am billigsten, sondern am rationellsten gestaltet sich in der Regel die Verwaltung einer mittelgroßen Stadtgemeinde.

Auch in anderer Hinsicht kann die Mittelstadt ihren Einwohnern die größten Vorteile bieten, so z. B. in kultureller Beziehung und in bezug auf den Ausbau eines Verkehrs, der nicht nach einem einzigen Mittelpunkt hin künstlich zusammengepreßt, sondern in gesunder Weise dezentralisiert werden muß. Zu alledem kommt noch, daß die Verlebung der Bürger in der kommunalen Verwaltung sich fast immer in den Mittelstädten am lebhaftesten und am gesündesten entwickelt. Man sollte also den Versuch machen, nicht neue Rammstädte zu bilden, sondern einzelne dezentralisierte Kommunalgebilde von mittlerer Größe. Das gilt in erster Linie für das Ruhrgebiet, wo die Bildung einer oder einiger weniger Großstädte Zustände herbeiführen würde, die in keiner Weise erwünscht sein können. Das Beispiel Groß-Berlins laßt keineswegs zur Nachahmung, den auch dort zeigt sich, daß die Außenbezirke, nachdem sie ihre selbständige Entwicklung verloren haben, trotz aller Eigenverwaltungseinrichtungen in vieler Hinsicht in der Entwicklung zurückbleiben. In Rheinland-Westfalen aber liegen die Dinge immerhin noch wesentlich anders als in Groß-Berlin, weil hier überall noch Städte von hohentwieltem Eigenleben vorhanden sind, zwischen denen weite leer oder nur locker besiedelte Räume vorhanden sind. Es ist darum durchaus falsch, wenn z. B. Essen jetzt die Stadt Selbstentfaltung eingemeinden will, während einige andere Großstädte des Ruhrgebietes, wie Dortmund, Düsseldorf und Duisburg, noch viel weiter gehende Eingemeindungsforderungen geltend machen.

Angeht es der neuen, unerfüllten Eingemeindungsansprüche einiger Mittelstädte ist es begreiflich, daß sich jetzt die durch diese Eingemeindungspropaganda bedrohten mittleren Städte und Gemeinden zu einer „Arbeits- und Notgemeinschaft“ zusammengeschlossen haben, der bereits 30 Ruhrgebiete beigetreten sind. Das Ergebnis dieser Abwehrbewegung wird voraussichtlich sein, daß die übertriebene Eingemeindungsbegehrung im rheinisch-westfälischen Industriebezirk nunmehr endlich zum Stillstand kommt.

Grundsätzlich ähnlich, wenn auch in mancher Beziehung unterschiedlich, liegen die Verhältnisse in dem ober-schlesischen Industriebezirk. Hier sind bekanntlich ebenfalls Bestrebungen im Gange, die drei Mittelstädte Gleiwitz, Hindenburg und Beuthen sowie den Landkreis Beuthen zu einer neuen Industrie-Großstadt oder, was im Grunde auf dasselbe hinausläuft, zu einem „Selbstverwaltungskörper höherer Art“ zusammenzufassen. Auch hier macht sich jetzt gegen die auf eine übertriebene und der Entwicklung weit vorausseilende Großstadtbildung gerichteten Pläne eine entschiedene Opposition geltend. Ihr Führer, der Beuthener Landrat Dr. Urbanek, empfiehlt anstatt des Dreistädtevereinschlusses auch für Oberschlesien die Errichtung von Zweckverbänden zur Durchführung eines gewissen beschränkten Kostenausgleichs. Man darf annehmen, daß auch in Oberschlesien die Mittelstädte Gleiwitz, Hindenburg und Beuthen, obwohl ihre finanzielle Lage sehr schwierig ist, die Erhaltung ihrer Selbstständigkeit dem Anschluß an eine neue, viel zu weit ausgedehnte Großstadt vorziehen werden.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahl in Osnabrück. Nächsten Monat findet hier eine Bürgermeisterwahl statt. Der seitherige Bürgermeister Selz dürfte wiedergewählt werden.

Neue Gewerbesteuer in Andern. Die Stadt Andern hat mit einem Kostenaufwande von rund 300 000 M ein neues Gewerbesteuergebäude erhalten, das nunmehr seiner Bestimmung übergeben wurde.

Um die Erhebung Weils a. Rh. zur Stadtgemeinde. In dem Bericht des Bürgermeisters Krauß von Weil, dem Bürgermeisterschluß in der Frage der Erhebung der vier Ortsteile Weil, Leopoldshöhe, Friedlingen und Otterbach zu einer gemeinsamen Stadtgemeinde Weil a. Rh. vorgelegt, ist ein interessantes Bild über die lebhafteste Entwicklung der Gemeinde in den letzten Jahren enthalten. Danach hat sich die Einwohnerzahl von 2885 im Jahre 1910 auf 7600 Einwohner im Jahre 1928 erhöht. Gegenwärtig umfaßt die Gemarkung 810,24 Hektar. In Industrie, Handel und Gewerbe sind insgesamt 3250 Arbeiter und Angestellte beschäftigt ohne Berücksichtigung der Reichsbahn. Die Gemeindesteuereinnahmen beliefen sich im Jahre 1928 auf 17,9 Millionen Reichsmark. Der Gemeinde ist es gelungen, in den letzten Jahren noch verschiedene Industrien in den einzelnen Ortsteilen, namentlich in Friedlingen, anzusiedeln.

Badischer Teil

Die Schweiz und das Rheinregulierungsabkommen

Genehmigung der schweizerischen Regierung

Anlässlich des Offiziellen Tages der Schweizer Landesmuttermesse in Basel gab Bundesrat Schultze im Namen der schweizerischen Regierung seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Entscheid des Bundesrates in der Frage der Rheinregulierung gerade vor der diesjährigen Muttermesse gefallen sei. Damit sei der Weg für die Weiterentwicklung der Rheinschiffahrt geebnet worden. Die Rheinzentralkommission werde wohl in einer ihrer nächsten Sitzungen die getroffenen Vereinbarungen zur Kenntnis nehmen und diese grundsätzlich genehmigen. So gebe die Schweiz dem entscheidenden Schritt in der Rheinschiffahrt entgegen. Es müsse offen gesagt werden, daß es etwas Außerordentliches sei, daß die Schweiz eine Flußstraße regulieren helfe, die zwischen zwei fremden Staaten liegt; man könne aber gerade daraus, daß der Bund einen großen Teil der Kosten übernimmt, sehen, welchen Wert der Bundesrat und die Schweiz überhaupt auf das Zustandekommen dieser Regulierung legen. Die Schweiz werde nun indirekt auf sicherem Wege mit dem Weltmeer und dem Weltverkehr durch eine Wasserstraße verbunden.

Aus der badischen Industrie

In einer Versammlung der Handelskammer für den Kreis Konstanz unter dem Vorsitz ihres Präsidenten Fritz Grodmann fand eine Besprechung der gegenwärtigen Wirtschaftslage statt. Aus den erhaltenen Berichten ging wiederum hervor, daß, mit Ausnahme der Eisenindustrie, die teilweise noch gut beschäftigt ist, die allgemeine Lage als ungünstig bezeichnet werden muß. Allgemein wurde über die verminderte Kaufkraft der Bevölkerung geklagt. Der Umlagefuß wurde auf 4 Pf. pro 100 M beitragspflichtiges Steuerkapital festgesetzt, das gebildet wird aus dem Steuerwert des gewerblichen Betriebsvermögens nach dem Stand vom 1. Jan. 1927 zuzüglich dem verpfändeten gewerblichen Einkommen aus 1927.

Tagungen

Der Verband badischer Dentisten e. V., im Reichsverbande Deutscher Dentisten hält am 4. und 5. Mai im Hotel „Reinshaus St. Johann“ zu Konstanz seine 44. ordentliche Generalversammlung ab.

Der Verband der Polizeibeamten Badens e. V. hält am Samstag, den 4. Mai d. J., vorm. 9 Uhr, im „Seehotel“ zu Konstanz seinen 8. ordentl. Verbandstag ab.

Schwarzwaldberein. Die Vorbereitungen für die am 25.-27. Mai in Forstheim stattfindende Haupttagung des Badischen Schwarzwaldbereins sind in vollem Gange. Die Tagung dürfte sich ihren Vorgängern würdig anschließen. Es ist zu erwarten, daß sich in den Tagen vom 25.-27. Mai zahlreiche Gäste an der nördlichen Schwarzwaldbühne einfinden werden, zählt doch der Hauptverein 85 Ortsgruppen mit weit über 20 000 Mitgliedern.

Die Besitzverhältnisse in Baden

Nunmehr zwei Drittel des Badener Landes sind bäuerlicher Besitz, von den übrigen 594 000 Hektar entfallen 332 000 Hektar auf die Gemeinden, 120 000 Hektar auf den Staat, 95 000 Hektar auf privaten Grundbesitz, 26 000 Hektar auf die Kirchen und 21 000 Hektar auf die Stiftungen.

Das rollende Band in Baden

In Baden gibt es 126 Kinos. Die meisten, nämlich 24, sind im Amtsbezirk Mannheim, wovon auf Mannheim ein schließlich seiner Vorstädte 15 kommen. Der Amtsbezirk Karlsruhe verfügt über 13 Kinos; davon hat die Stadt Karlsruhe 10. Der Amtsbezirk Rastatt hat 8, Wehrheim 6, die Amtsbezirke Konstanz, Schopfheim und Willingen, Freiburg haben je 5, Offenburg und Wehl je 4, Ettlingen, Donaueschingen und Säckingen je 3 Lichtspieltheater.

Krankenhausbau in Waldshut. Der Gemeinderat Waldshut beschloß den Umbau des alten Krankenhauses. Die Kosten werden auf 150 000 M veranschlagt. Das Krankenhaus wird nach seiner Vollendung 160 Kranke aufnehmen können. Die Gesamtkosten für den Neubau und Umbau werden auf 1 100 000 M geschätzt.

Aus der Landeshauptstadt

Verhaftungswissenschaften in Magimiliansau. Ein französischer Soldat, der am 8. d. M. auf der Rheinbrücke in Magimiliansau verschiedene deutsche Staatsangehörige belästigte und mit dem Gewehr drohte und später auch noch einen scharfen Schuß abgefeuert hatte, der glücklicherweise niemanden traf, aber verschiedene, die Rheinbrücke überschreitende Personen gefährdete, ist nunmehr auf Veranlassung der deutschen amtlichen Stellen von den französischen Militärbehörden festgenommen worden und steht seiner Verurteilung entgegen. Das Bezirksamt hat den französischen Ortskommandanten in Germersheim unmittelbar nach dem Vorfall um Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung gegen Ausschreitungen von Mitgliedern der Besatzungstruppen gebeten. Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete ist — wie aus Koblenz mitgeteilt wird — in diesem Falle wie in zahlreichen anderen in gleichem Sinne bei den Besatzungsbehörden vorstellig geworden. Wie weiter gemeldet wird, hat der Soldat in angetrunkenem Zustand die deutschen Brückenbeamten bedroht, die er aufforderte, ihm ein Mädchen zu verschaffen. Er lud vor ihren Augen das Gewehr und legte auf sie an. Ein Schuß, den er später abgab, schlug in die Zufahrtsstraße der Brücke ein, wo starker Verkehr herrschte.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Die über das Nordmeer nach Osten ziehenden atlantischen Zyklogen haben das europäische Hochdruckgebiet nach Südosten gedrängt, so daß wir jetzt ausgeprägtes Vorwetter mit erheblicher Erwärmung bei Zufuhr wärmerer Luft aus Südwest erhalten haben. Wetterausichten: Erheblich wärmer, meist heiter und trocken.

Colosseumtheater. Was augenblicklich im Colosseum dargeboten wird, ist das Beste der diesjährigen und vielleicht aller bisher dort gezeigten Festspiele. Zwar sind auch diesmal — nach Zahl des Personals und für die spezielle Ausstattung — die Mittel im Grunde recht sparsam, doch der erreichte Effekt der besten ist. Schon der von Hans Berleth stammende Text enthält nicht eine einprägsame Aktualität, und hört sich neben der Betonung des Wesentlichen zuweilen wirklich geistreich an, ebenso wie die zielichere Struktur der Szenen, vertritt aber auch die Musik (von Karl Tamme delinat illustriert) vielversprechenden Geschmacks. Aufrichtige Berichterstattung darf außerdem konstatieren, daß die gesamte Aufmachung in der Tat einem verdienstlichen mondänen Ballett gerecht wird. Da ist z. B. Max Peltini, der zugleich die ganze flotte Regie des Abends verantwortet, den abendlichen Hauptpartien des Buches ein ausgezeichnete Interpret, mit nicht minderem Geschick teilen sich in die Aufgaben des Conférenciers Lotte Menas und Rud. E. Manhardt. Eine weitere Wohltat für die genießerischen Ansprüche der Zuschauer sind sämtliche von den hübschen Peltini-Girls und den lustigen Maravillas ausgeführten Tanznummern, sehr apart nicht nur, weil ihre Kostüme die gepflegte Eleganz eines Pariser Modedesigners (Max Weib) bezeugen, sondern sehr amüsant, weil die appetitliche Schärfe der Tanztypik unserer Zeit auch einige originelle Nuancen zufügt. Überblickt man den Bestand im einzelnen, so wären immerhin noch das Tango „Tschetscholle“ und „Marheineke“, sowie die Grotteskänger „Duell“ und „Nell“, die mit gleich gutem artistischem Geschick zu fingen und zu plaudern weiß, ist nicht zu vergessen; es resultiert überhaupt aus dem ganzen Abend eine so fröhliche Stimmung, wie man sie in solch amnuttiger Unbescheidenheit noch selten im Colosseum angetroffen hat. O. Sch.

Heute letzter Krone-Tag! Mit der heutigen 3-Uhr-Nachmittagsvorstellung beendet Krone sein überaus erfolgreich verlaufenes Gastspiel. Die Direktion bittet uns, darauf aufmerksam zu machen, daß diese Nachmittagsvorstellung in keiner Weise gekürzt wird, und daß sie das volle übliche Abendprogramm zeigt. Kinder und Militär zahlen halbe Preise. Krone geht von hier nach Frankfurt a. M., wo er schon morgen, Freitag, ein neues Gastspiel wieder eröffnet.

Badisches Landestheater. Am heutigen Donnerstag geht als vierte Volksbühnenvorstellung Lessings „Rathen der Weise“ in Szene. Hierzu sind Plätze im vierten Rang für den allgemeinen Verkauf frei gehalten.

Kurze Nachrichten aus Baden

bl. Osnabrück i. S., 18. April. Der Verlag der „Einzigsteiner Nachrichten“ ist am 1. März d. J. durch Kauf in den Besitz der Firma S. Zschneid, Buchdruckerei in Offenburg (Verlag der „Offenburger Zeitung“ und des „Wolfsbacher Volksblattes“) übergegangen. Von nun an erfolgt auch der Druck der „Einzigsteiner Nachrichten“ durch den neuen Verlag und unter neuer Schriftleitung.

bl. Freiburg, 18. April. Die Universität Freiburg hat den Reichstagsabgeordneten Josef Erking zum Ehrensenator ernannt.

bl. Iffezheim, 17. April. Das Rhein-Museum in Iffezheim, das die kulturellen Gegenstände des Ober- und Unter-Rheinlandes, wird Anfang Juni offiziell eröffnet werden. Die Sammlungen sind in letzter Zeit durch schöne geschichtliche Gegenstände vermehrt worden.

DJ. Konstanz, 17. April. Der 58 Jahre alte Direktor eines Unternehmens, Hermann Kaefer, in Bollmatingen, und dessen 40jährige Ehefrau vergifteten sich im Einverständnis gemeinsam mit Ipanatol. Es steht fest, daß geschäftliche Sorgen die Eheleute in den Tod getrieben haben.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	15. April		17. April	
	Geht	Kommt	Geht	Kommt
Amsterdam 100 G.	169.25	169.59	169.22	169.56
Kopenhagen 100 Kr.	112.30	112.52	112.33	112.54
Italien 100 L.	22.065	22.105	22.06	22.10
London 1 Pf.	20.452	20.492	20.452	20.492
New York 1 D.	4.2130	4.2210	4.2130	4.2210
Paris 100 Fr.	16.455	16.495	16.45	16.49
Schweiz 100 Fr.	81.11	82.27	81.10	81.26
Wien 100 Schilling	59.145	59.265	59.14	59.26
Prag 100 Kr.	12.471	12.491	12.466	12.486

Neuer Vergleich bei Fuchs-Waggon, Heidelberg. Nachdem nunmehr die Verhandlungen mit Gebr. Schöndorff, A.-G., Düsseldorf, zu einem Abschluß gelangt sind, unterbreitet die Fuchs-Waggonfabrik, A.-G., Heidelberg, ihren Gläubigern den neuen Vergleichsvorschlag. Der von der Stadt Heidelberg verlangte Kredit von 1,2 Mill. Reichsmark ist nicht zustande gekommen, dafür ist es durch das Bemühen des Heidelberger Oberbürgermeisters gelungen, Gebr. Schöndorff zu interessieren. Diese Gesellschaft hat sich bereit erklärt, jebliche Aktien von Fuchs zu übernehmen, daß das Aktienkapital der sanierten Firma 2 Mill. Reichsmark beträgt, wenn die Gläubigerversammlung der Zusammenlegung des Aktienkapitals auf 177 000 M zustimmt, und wenn die Gläubiger über 1000 Reichsmark bereit sind, auf weitere 20 Proz. ihrer Forderungen zu verzichten. Bei Zustandekommen dieser Transaktion würden Fuchs 1 823 000 M neue Mittel aufziehen, während im ursprünglichen Vergleichsvorschlag nur 1,2 Mill. verzinster neuer Kredite heringekommen wären. Die Quote für die Gläubiger über 1000 M wird nunmehr auf 30 Proz. herabgesetzt, die spätestens bis zum 1. Juli zu zahlen ist. Nach dem Bericht des Gläubigerausschusses ist im Falle des Scheiterns der Verhandlungen mit Gebr. Schöndorff A.-G. der Konkurs unvermeidlich.

Die Frankfurter Frühjahrsmesse ist am Mittwoch zu Ende gegangen, während die Sonderveranstaltungen, „Elemente des neuen Bauens“, Verkehrsausstellung und das deutsche Bier noch bis zum Sonntag geöffnet sein werden. Wenn man das Gesamtergebnis beurteilen will, so muß man sich den schweren Druck vor Augen halten, der auf der deutschen Wirtschaft lastet. Unter diesen Umständen kann das Gesamtergebnis als immerhin befriedigend bezeichnet werden. Die Textilausstellung habe zwar schlecht abgeschnitten, dafür haben aber andere Zweige, wie Galanterie- und Lederwaren, Gardinen, Metallwaren, Haushaltsartikel, Möbel und Holzbearbeitungsmaschinen, einen um so besseren Absatz zu verzeichnen. Verschiedene Abteilungen dieser Branchen sind schon heute für die nächste Messe ausverkauft.

E. Büchle Inhaber: W. Bertsch
Kaiserstraße 132
Spezialhaus für

Bilder u. Einrahmungen

Gute Ausführung bei
billigst. Berechnung
Große Auswahl

Literarische Neuerscheinungen

Arnold Bennett: Himmlische und irdische Liebe. Ein Roman in drei Epikoden. Einzige, berechtigte Übersetzung aus dem Englischen von G. M. G. Calman. (Vollständiger Band der Bücherfreunde, Wegweiser-Verlag G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg 2.) — Bennett, eine der führenden Persönlichkeiten des modernen englischen Schrifttums, schildert in diesem begaunerten, von einer spannenden Handlung lebhaft bewegten Roman die Geschichte einer Liebe, die sich aus den Verwirrungen irdischer Leidenschaft zu einem Leben erhebt, das sein tiefstes Genügen erst in der Hingabe an das Leben eines anderen findet. Die geistreiche Zeichnung der englischen Gesellschaft und die wunderbaren Naturbeschreibungen verraten die Hand eines großen Dichters. Der V. d. V. hat auch dieses Werk wiederum in einer vorbildlich schönen und soliden Ausstattung herausgebracht, wie alle seine Werke, die vom literarischen Standpunkt aus betrachtet eine musterartige und ausgesucht wertvolle Bibliothek darstellen. Infolge der erstaunlich geringen Preise, der völlig freien Wahl aus dem reichen Erscheinungsbestande von über 500 Werken und der kostenlosen Mitgliedschaft ist das Anwerben seines Mitgliederkreises, der bereits viele Hunderttausende umfaßt, nur zu erklärlich.

Erkhan Bernard: Die Fahrt ins Ungewisse. Roman. (F. G. Speidel'sche Verlagsbuchhandlung, Wien und Leipzig, Ganzleinen 1,50 M.) — Ein Roman Erkhan Bernards ist immer ein Liebesroman. Der Dichter verleiht es mit gleicher Kunst, auf der Bühne wie im Roman, die Personen lebendig zu schildern. Er kennt das Geheimnis des gesprochenen oder geschriebenen Wortes: niemals langweilig zu sein.

Golette: Phil und Sina. Roman. Autorisierte Übertragung von Lilly Nadermacher. (Vollständiger Band der Bücherfreunde, Wegweiser-Verlag G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg 2.) — Ein Ausschnitt aus dem Leben zweier junger Menschen, die an der Grenze zwischen Kindheit und dem Erwachen der Jugend stehen. Er ist 16, sie 15 Jahre; er muß um sein Mann-Werden leiden und kämpfen, sie aber findet mit der aufblühenden Liebe zugleich die ganze mütterliche Kraft der Frau. Eine Geschichte, so zart und feinsinnig wie die jungen Blätter einer sich entfaltenden Birke.

Jack London: „Sitwah.“ Erzählungen. Brosch. 3 M. Universitas Deutsche Verlags-Gesellschaft, Berlin. — Daß Jack London das gefährliche Leben im eisigen Alaska, zwischen Goldgräbern und Indianern, zwischen Kaufleuten und Glücksuchern wie kein Zweiter zu schildern versteht, das wissen wir. Und von dieser Kunst zeugen auch in diesem Bande wieder ein paar unübertreffliche Erzählungen, die diese phantastische Wirklichkeit durch ihre fast unheimliche Lebensnähe, durch ihre Abenteuerlust und Lebensfreude zu einem großen Erlebnis machen.

Maria Karlowis: Amor und Psyche auf Reisen. Roman. Mit einem Begleitwort von Jakob Wassermann. (Vollständiger Band der Bücherfreunde, Wegweiser-Verlag G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg 2.) Maria Karlowis, die Gattin Jakob Wassermanns, hat einem Stoff von fühnster Modernität eine

dichteriſche Form gegeben, die an der Klassik Goethes gekult und gereift ist. Aus tiefem Verständnis für die Wirnis der heutigen Zeit wächst ihre überlegene Gestaltung. Das Begleitwort Jakob Wassermanns gibt wesentliche Aufschlüsse über die künstlerische Behandlung erotischer Probleme.

Widi Baum: „stud. chem. Selene Wälfker.“ (Verlag Ullstein, Berlin, Großdruck 3 M.) — Widi Baums Liebe, ihr Interesse gehören den jungen Menschen von heute, die sie im Kern ihres Wesens und ihrer Probleme erfasst. In diesem neuen Buch stellt sie den Typ des geistig arbeitenden, jungen Mädchens, der Chemiestudentin, hinein in das Universitätsmilieu des schönen, alten Heidelberg, und verknüpft sie und ihr Schicksal mit dem Problem des unehelichen Kindes. Das Buch ist fesselnd geschrieben und verdient die Teilnahme erster Menschen.

Dale Collins: „Feuerprobe.“ Roman. Aus dem Englischen übertragen von Julia Koppel (Romane der Welt, Th. Knauer Nachf., Verlag, Berlin W 50), Umfang 316 Seiten. In Ganzleinen gebunden 2,85 M. Dieser neue Roman des Autors des in der gleichen Serie erschienenen Buches „In malaisischen Gewässern“ ist phantastisch und erregend, klug und lebenswahr. Die mondäne Gesellschaft einer Luxusstadt wird — ausgeliefert einem vernichtenden Sturm — zu hemmungslosen, von ihren Instinkten beherrschten Geschöpfen, tyrannisiert von einem nachhungrigen Steward vergehen Tage elementarer Auflösung, bis ein Luxusdampfer die Schiffbrüchigen von allen ihren Dämonen befreit und in ihr heiteres Leben zurückführt.

Neue gelbe Ullsteinbücher. Eine zarte, außerordentlich feinfühlig durchlebte Liebesgeschichte ist der Roman von Wladimir Sirin „Kommt sie — kommt sie nicht?“ Er spielt in Rußland und in einer Berliner Pension unter Emigranten; und die einzelnen Typen ebenso wie das ganze Milieu kommen in der künstlerisch ungewöhnlich vornehmen und lebendigen Darstellung zu außerordentlich echter und anschaulicher Wirkung. Ein Buch für anspruchsvollere Leser. — Das zweite Buch „Die tolle Herzogin“, von dem bekannten Unterhaltungsschriftsteller und Dramatiker Ernst Klein, ist ein Kriminalroman. Er spielt in der unmittelbaren Gegenwart in aristokratischen Kreisen Englands. — Norbert Jacques, Dr. Rabuse, der Spieler, und Alfred Schirrolauer, Die unmögliche Liebe (Verlag Ullstein, Berlin). — „Dr. Rabuse“, der bekannteste Roman von Norbert Jacques, ist heute noch einer der wirkungsvollsten Kriminalromane überhaupt. Das lange Zeit vergriffene Buch erscheint nun wieder in überarbeiteter Neuausgabe. — Alfred Schirrolauer, der heute in der ersten Reihe der deutschen Unterhaltungsschriftsteller steht, erzählt in seinem neuen Roman die Geschichte einer Künstlerin und ihrer bewegten Liebe zu einem Mann, den sie nach den Anschauungen gewisser gesellschaftlicher Kreise nicht lieben dürfte.

H. O. Weber — 60 Jahre! Zu seinem 60. Geburtstag über gibt H. O. Weber — der es immer anders macht als die anderen — der Öffentlichkeit eine besondere Jubiläumsgabe, nämlich: „Nicht für Ruder“, Satiren. Preis 2 M. (Magisches Verlag, Berlin-Schöneberg). — H. O. Weber war schon

vor dem Kriege als einer unserer bekanntesten Satiriker, vor dessen Feder Feder allerdings nichts sicher war. Mit dem vorliegenden Bändchen „Nicht für Ruder“, dessen Titel seinen Inhalt schon läßt, hat er uns ein neues Buch des Humors und des beißenden Witzes geschenkt.

Staatsanzeiger

Kauf- und Klauenkunde
Nach den Meldungen der Bezirkstierärzte war am 15. April 1929 im Lande Baden nur die Gemeinde Deggenhausen (Amtsbezirk Überlingen) verseucht.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Verlekt:
Verwaltungsoberssekretär Karl Allgeier beim Bezirksamt Stuttgart zu jenem in Freiburg.

Aus dem Bereich des Ministeriums der Finanzen

Wasser- und Straßenbau-Direktion.
Ernannt:
Zum Oberzeichner der Lithograph Robert Ghringer, zum Zeichenassistenten der Zeichengehilfe Richard Braun, beide bei der Wasser- und Straßenbau-Direktion.

Planmäßige angestellt:
Bachmeister Alois Fehrenbach bei der Wasser- und Straßenbau-Direktion, Straßenwärter Ernst Baumle in Ballbach.
Verlekt:

Bermessungsrat Emil Moser in Donaueschingen zum Vermessungsamt Mosbach.
Zur Ruhe gelekt auf Ansuchen wegen leidender Gesundheit:
Die Straßenwärter Karl Blum in Reicholzheim, Leopold Brecht in Hochbach (Eppingen), Josef Frey in Hitzingen.

Zur Ruhe gelekt kraft Gesetzes:
Schiffsmaschinist Georg Flory in Mannheim und Straßenwärter Jakob Moll in Unterbalbach.

Forstbau-Direktion
Entlassen:
Forstassistent Karl Mülle beim Forstamt Offenburg.

Verstorben:
Kassiererin Luise Dietrich am Friedrichsbad in Baden-Baden.
Straßenwärter Johann Georg Meier in Königshausen und Straßenwärter a. D. Karl Nus in Herbolzheim.

Berufsgenossenschaft der Feinmechanik und Elektrotechnik Sektion 8.

An unsere Mitglieder!
Wir laden Sie zu der am
Montag, den 6. Mai 1929,
mittags 12 Uhr,
im Kurhaus Baden-Baden stattfindenden
Sektionsversammlung
ergebenst ein.

- Tagesordnung:**
1. Berlesung des Protokolls der letzten Versammlung.
 2. Geschäftsbericht für das Jahr 1928.
 3. Prüfung und Abnahme der Jahresrechnung für das Jahr 1928.
 4. Wahl des Rechnungsprüfungsausschusses für das Jahr 1929.
 5. Voranschlag für das Jahr 1930.
 6. Bestimmung des Ortes der nächsten Sektionsversammlung.
 7. Verschiedenes.

Berufsgenossenschaft der Feinmechanik und Elektrotechnik Sektion 8.

Der Vorstand:
Dr. Wagener: 491

röhren von 40-150mm Lichtweite, einschl. der erforderlichen Formstücke, Schieber, Ghdanten usw. O.857
Pläne u. Bedingungen können auf dem unterzeichneten Bauamt eingesehen werden woselbst auch die Angebotsformulare erhältlich sind.
Die Angebote sind verschlossen und mit der Aufschrift „RafferteilungSteinbach“ bis spätestens Dienstag, den 30. April 1929, vorm. 9 Uhr, auf dem Rathaus in Steinbach einzureichen, woselbst die Eröffnung der Angebote stattfindet.
Bad. Kulturbauamt Offenburg.

Colosseum
Täglich 8 Uhr
Sonntags 4 u. 8 Uhr
Die große
Max-Peltini-Revue
Es ist waslos
Gesamtausstattung
Max Weldy, Paris.

Badisches Landestheater
Freitag, 19. April
* 23 (Freitagmiete)
Zum erstenmal
Sternengedot
Oper von Siegfried Wagner
Dirigent: Krips
Regie: Krauß
Mitwirkende:
Fang, Seiberlich, Magda

HEUTE
DONNERSTAG
3
Uhr nachmittags bei garantiert vollem Abend-Programm und halben Preisen für Kinder und Militär unwiderruflich
Schluß
des Karlsruher Gastspiels
KOLOSSALCIRCUS
KRONE
Karlsruhe Meßplatz 483

Zum 1. Juni d. J. ist in Heidelberg die Stelle einer
Schulschwester
zu besetzen. Bedingung: Entsprechende Vorbildung u. praktische Erfahrung; erwünscht Beherrschung der Stenographie und Schreibmaschine. Die Anstellung erfolgt zunächst auf Probearbeitsvertrag mit einjähriger Probezeit. Bei dauernder Bewährung Aussicht auf planmäßige Anstellung. Besoldung nach Gruppe VI. Aufstellungsmöglichkeit nach Gruppe VII. Meldung bis zum 25. April 1929 an die **Städtische Schulärztliche Heidelberg**. J.467

G. BRAUN
KARLSRUHE I. B.
VORMALS G. BRAUNSCHNEIDER HOCH-
BUCHDRUCKEREI U. VERLAG-GMBH
KARL-FRIEDRICH-STR. 14

**DRUCK-
ARBEITEN**
JEDER ART FÜR WERBEZWECKE
ORGANISATION-VERWALTUNG-WISSENSCHAFT

Bezirksspartasse Murg-Lausenburg.
Oeffentliche Verbandssparkasse.
Bilanz per 31. Dezember 1928.

Vermögen.	RM	Verbindlichkeiten.	RM
1. Kassenbestand	33 849,01	1. Spareinlagen	1 048 339,42
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und beim Postsparkamt	227 338,42	2. Giro- und Kontokorrenteinlagen	227 151,08
3. Wechsel	38 024,08	3. Anlehenskapitalien	304 554,57
4. Darlehen auf Hypothek	744 249,—	4. Rücklagen:	
5. Darlehen in laufender Rechnung an Private	353 293,07	Gehehl. Reservefonds	62 280,—
6. Darlehen auf Schuldschein (Würgschaft)	115 329,29	5. Reingewinn	22 452,01
7. Grundstückskaufgelder	33 314,—		
8. Darlehen an Gemeinden	75 569,57		
9. Einnahmerückstände	6 414,64		
10. Grundstücke u. Gebäude	34 000,—		
11. Gerätschaften	3 376,—		
Summa	1 664 757,08	Summa	1 664 757,08

Berechnung der Rücklagen.
Die gesetzlichen Rücklagen haben zu betragen:
8% aus 1 275 490,50 RM Einlagen = 102 040,— RM
Sie betragen auf Schluß des Jahres 1928 = 84 712,01 RM
somit weniger = 17 327,99 RM

Murg a. Rh., den 3. April 1929. D.856

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Graf.
Der Geschäftsleiter: Dufsch.

Bekanntmachung.
Die diesjährige Tilgungsquote der 5% igen **Kohlenwertantische der Badischen Landeselektrizitätsversorgung A. G. (Badenwerk)** ist durch freihändigen Anlauf gedeckt.
494
Karlsruhe, den 16. April 1929.
Badische Landeselektrizitätsversorgung Aktiengesellschaft (Badenwerk).
D. Helmle R. Fetzweis.

Wasserleitung Steinbach (Amt Bäh)
Bergebung von Eisen- und Erdarbeiten
Die Gemeinde Steinbach vergibt im Wege öffentlicher Verdingung die Erd- und Eisenarbeiten für die Herstellung von rund 6800 m Hochleitungen aus gußeisernen Normalmuffen.